

# Abschiebungen verhindern!

Menschen schützen und unterstützen, die vor Imperialismus und Krieg flüchten

**IA★RKP**  
Revolutionäre  
Kommunist/innen

Arbeiter/innen aller Länder, vereinigt euch!

Arbeiter/innen aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

November 2016

„Ausgaben für Asylwerber heuer auf 340 Mill. € verdoppelt!“ brüllen die Massenmedien. Ungeheuerlich ist das... tatsächlich: Der österreichische Staat gibt „aus unseren Steuergeldern“ 2016 doppelt so viel dafür aus wie im Vorjahr. Konkret stieg der Anteil am BIP (340 Mrd €) von 0,05% auf 0,1%, also auf ein Promille (Tausendstel) des österreichischen Inlandsprodukts. Das Budget für 2017 wurde soeben mit 77 Mrd. € beschlossen, die „unerhörten“ 340 Mill. sind also 0,44% davon, d.h. fast ein halbes Prozent der jährlichen Staatsausgaben...

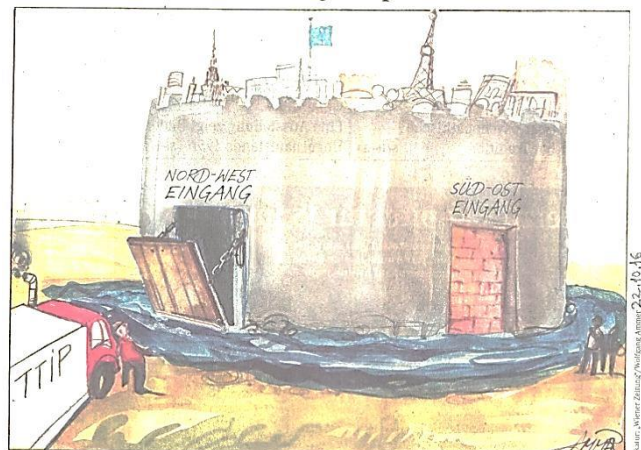


Unerhört, wie da in den öffentlichen Medien gegen Menschen gehetzt wird, die vor den Bomben und Waffen fliehen, die aus Österreich, EU-ropa, USA und anderen imperialistischen Ländern auf sie abgeschossen werden und das unter Beteiligung österreichischer, EU-ropäischer, US-amerikanischer und anderer Spezialeinheiten.

Ständig sind 1000 österreichische Soldaten weltweit in mindestens 15 Staaten für den österreichischen Imperialismus im Einsatz. Im internationalen Waffenhandel liegt Österreich mit einem Weltmarktanteil von 8% bei Gewehren und Pistolen weltweit an 5.Stelle. Deshalb finden sich österreichische Waffen auch an allen Kriegsschauplätzen von Afghanistan bis Syrien, Irak und Jemen; österreichische Drohnen werden in Jemen und in der Ukraine eingesetzt.

Und ständig werden aus Österreich Menschen abgeschoben, die genau vor diesen unerträglichen Zuständen fliehen. Bist du ein „Scheinflücht-

Festung Europa



ling“, weil nicht du selbst, sondern deine Kusine verletzt oder ermordet wurde? Weil deine Familie ihren ganzen noch verfügbaren Besitz verkauft hat, um dir die mehrere Tausend Euro teure Fahrt nach EU-ropa zu finanzieren? Bist du eine „Illegale“ in Österreich, weil du es zusammengerpfercht in den griechischen, kroatischen oder ungarischen Lagern nicht mehr ausgehalten hast?

Nur ein winziger Teil der Millionen Flüchtlinge (weltweit ca. 50 Mill.) schafft es, sich bis Österreich durchzuschlagen, das heute das drittreichste Land der EU ist und zu den reichsten Ländern der Welt zählt. Aber statt dass die reaktionäre Regierung (die „wir“ gewählt haben!) ein bisschen mehr für die Menschen in Not ausgibt, stockt sie lieber die Ausgaben fürs Militär (Bundesheermilliarde für Auslandseinsätze usw.) und die Polizei (Polizeimilliarde für Gewehre, Panzerfahrzeuge und Helme...) auf.

Jetzt, eineinhalb Jahre nach dem offensichtlichen Scheitern der bürgerlichen Flüchtlingspolitik im Sommer 2015, will die österreichische Regierung die Abschiebungen massiv vorantreiben: Alle, die 2015 über die sogenannte „Balkanroute“ nach Österreich kamen und sich heute noch in Österreich befinden, wollen sie nach Kroatien oder noch weiter abtransportieren.

Dazu verweisen sie juristisch auf das „Dublin-Abkommen“ und machen damit nur noch einmal deutlich, welche reaktionären und menschenfeindlichen Verträge in der EU und im Schengen-Raum abgeschlossen werden, von denen viele erst erfahren, wenn sie die brutalen Auswirkungen auf die Ärmsten der Armen erkennen.

Fieberhaft arbeitet die österreichische Regierung (und andere imperialistische EU-Staaten) seit Monaten daran, die Marionetten-Regierungen in Afghanistan, Libyen usw. dazu zu bringen, alle Flüchtlinge „zurückzunehmen“. Mit politischem und wirtschaftlichem Druck und dem Versprechen, diese gekauften Figuren des Imperialismus weiter an der Macht zu halten, möchten sie sogenannte „Rückführungsabkommen“ erzwingen, die zumindest den Schein menschenrechtskonformer Massenabschiebungen erzeugen.

Ein besonderes Mittel ist dabei die heuer beschlossene „Notverordnung“, wonach in Österreich die Menschenrechte („zeitweilig“) außer Kraft gesetzt werden, wenn die Regierung (ohne Parlament!) entscheidet, dass eine unerträgliche Situation bevorstehe – das wäre z.B. eine Steigerung der Ausgaben für Flüchtlinge auf ein Tausendstel des jährlich geschaffenen Reichtums

Wir verbreiten seit 1995 Flugblätter, mit denen wir uns vor allem an klassenbewusste Arbeiter/innen wenden. Die Texte werden auch in der seit 2001 erscheinenden Zeitung *„Proletarische Revolution“* abgedruckt. Unser Ziel ist eine Gesellschaftsordnung ohne Klassen, ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Dazu muss die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter eine eigene Kampfpartei aufbauen, die Macht erobern, die Besitzer der Produktionsmittel enteignen und den Klassenkampf fortsetzen, bis alle Reste der bürgerlichen Ordnung verschwunden sind. Wir stellen uns in die Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung, die Mitte der 1960er Jahre in Auseinandersetzung mit den Fehlern der KPdSU und in scharfem Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion eine marxistisch-leninistische Generallinie verteidigt hat und zur Gründung neuer kommunistischer Parteien führte. Wir sind revolutionäre Kommunist/innen und deshalb *nicht* in der KPÖ organisiert.

## **IA★RKP**

**Initiative für den Aufbau einer  
Revolutionär-Kommunistischen Partei**  
Stiftgasse 8, A-1070 Wien, ia.rkp2017@yahoo.com  
iarkp.wordpress.com

**Proletarische Revolution**  
Revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich  
prolevol.wordpress.com

**KOMAK-ML**  
Kommunistische Aktion marxistisch-leninistisch  
komakml@gmail.com;

alle: Stiftgasse 8, A-1070 Wien,  
(November 2016)

(siehe Anfang!) Für die von den Entscheidungen der Herrschenden betroffenen Menschen geht es aber darum, dass von den Gemeinden aufgenommene und ihren Aktivist/innen seit einem Jahr unterstützte Flüchtlinge z.B. mit Flugzeugen zurück ins Kriegsgebiet transportiert werden – oder in ein Massenlager ohne Anschluss an die Bevölkerung in Kroatien oder sonstwo.

Österreich ist ein imperialistisches Land und das österreichische Monopolkapital hat in der ganzen halbkolonialen Region Mittel-Osteuropa großen wirtschaftlichen und politischen Einfluss. Von dort kommen riesige Extraprofite in die Kassen der österreichischen Banken und Konzerne. Außenminister Kurz (aber auch Strache) will die Geschichte 100 Jahre zurückdrehen und sich zum Sprecher der Visegrad-Staaten machen, die einen wesentlichen Teil der damaligen Habsburgermonarchie ausmachten.

Die herrschende Klasse in Österreich, das sind nicht wir, sondern die Besitzer der Produktionsmittel, insbesondere die großen Monopolbetriebe – die Banken und Konzerne. Diese haben uns in die EU hineingetrieben, um noch größere Profite zu scheffeln, um an der Seite der größten EU-Mächte fremde Länder zu unterwerfen, zu Neokolonien zu machen. Mit wirtschaftlichem und politischem Druck und Erpressung, oder auch mit Kriegen.

Wir in Österreich müssen den Kampf gegen Rassismus und Abschiebungen gemeinsam mit den Arbeiter/innen der gesamten EU und deren Halbkolonien führen. Die Unterdrückten und Ausgebeuteten der neokolonial abhängigen Länder (ob Flüchtlinge, Arbeitsmigrant/innen oder Unterdrückte in ihren Ländern) sind unsere engsten Verbündeten im Kampf um eine bessere Zukunft und eine gerechtere Gesellschaft. Diese können wir nur gemeinsam erreichen, wenn wir uns mit allen Arbeiter/innen und Werktätigen zusammenschließen.

***Nein zu den Dublin-Abschiebungen!***

***Nein zu den Rücknahme-Abkommen mit Afghanistan usw.!***

***Nein zur Notverordnung!***

***Arbeiter/innen aller Länder, vereinigt euch!***

***Nieder mit dem österreichischen Imperialismus!***

***Nur eine proletarische Revolution kann die Rassisten, Imperialisten und Reaktionäre dauerhaft von der Macht vertreiben!***